



Hearing der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion, 1. September 2020

Gesetz über die Leistungen für Menschen mit Behinderungen (BLG)

Regierungspräsident Pierre Alain Schnegg, Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektor
Kathrin Reichenbach, Vorsteherin Rechtsamt
Martin Schori, Abteilungsleiter "Berner Modell", Alters- und Behindertenamt



Vorstellung

Kathrin Reichenbach, *Vorsteherin Rechtsamt*

Martin Schori, *Abteilungsleiter "Berner Modell" (ALBA)*



Programm

1. Einführung, *RRP Pierre Alain Schnegg*
2. Gesetzliche Verankerung BLG / SHG, *Kathrin Reichenbach*
3. Umsetzung "Behindertenleistungsgesetz", *Martin Schori*
4. Fragen / Antworten



Einführung

Regierungspräsident

Pierre Alain Schnegg

Selbstbestimmung stärken

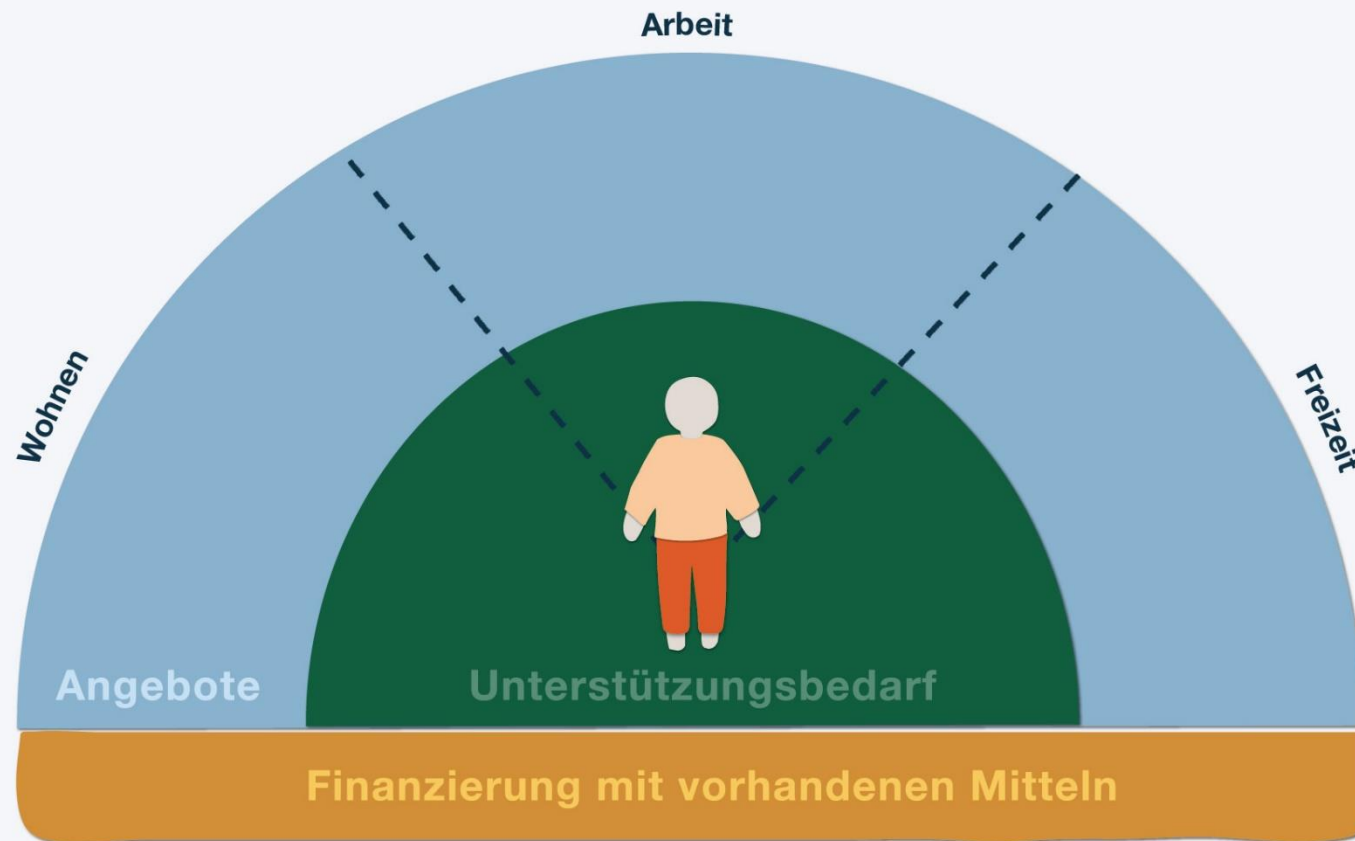




Das neue Gesetz über die Leistungen für Menschen mit Behinderungen (BLG)

Kathrin Reichenbach

Ziele des BLG





Gesetzliche Verankerung BLG / SHG

| Bisher im SHG | Neu im BLG |
|--|---|
| Leistungen für Menschen mit Behinderungen im Teil "Institutionelle Sozialhilfe" des Sozialhilfegesetzes (SHG) integriert | Neues, eigenständiges Gesetz über die Leistungen für Menschen mit Behinderungen (BLG) |
| Ein einziger spezifischer Artikel | Zusätzlich Bestimmungen im Gesetz über die sozialen Leistungsangebote (SLG) in Bezug auf die Bewilligung und Aufsicht über die Betriebe |
| Keine spezifischen Ausführungsbestimmungen in der Verordnung | Ausführliche Regelungen auf Verordnungsstufe vorgesehen |
| | Auf Anpassungen kann reagiert werden, ohne dass andere Bereiche tangiert werden |



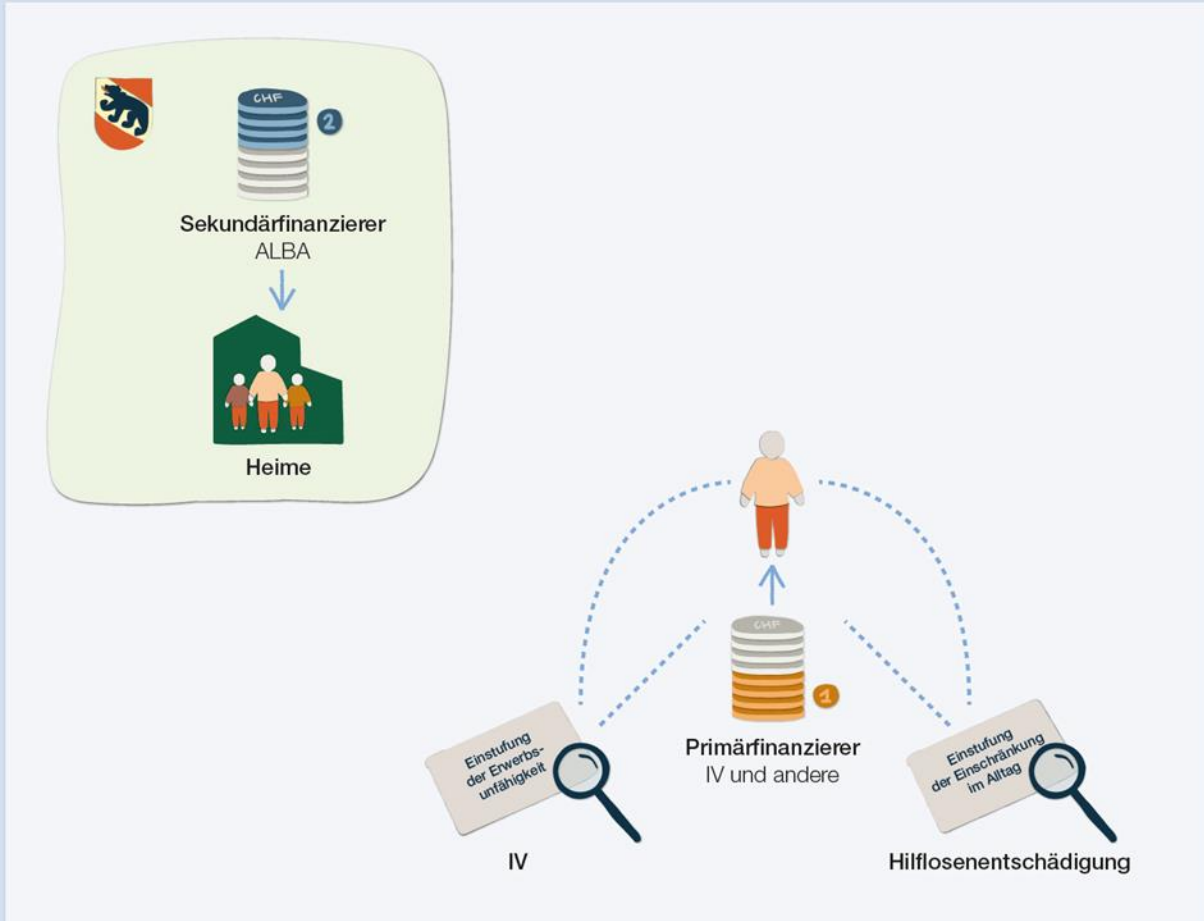
Umsetzung "BLG"

Martin Schori

Finanzierung gemäss individuellem Bedarf

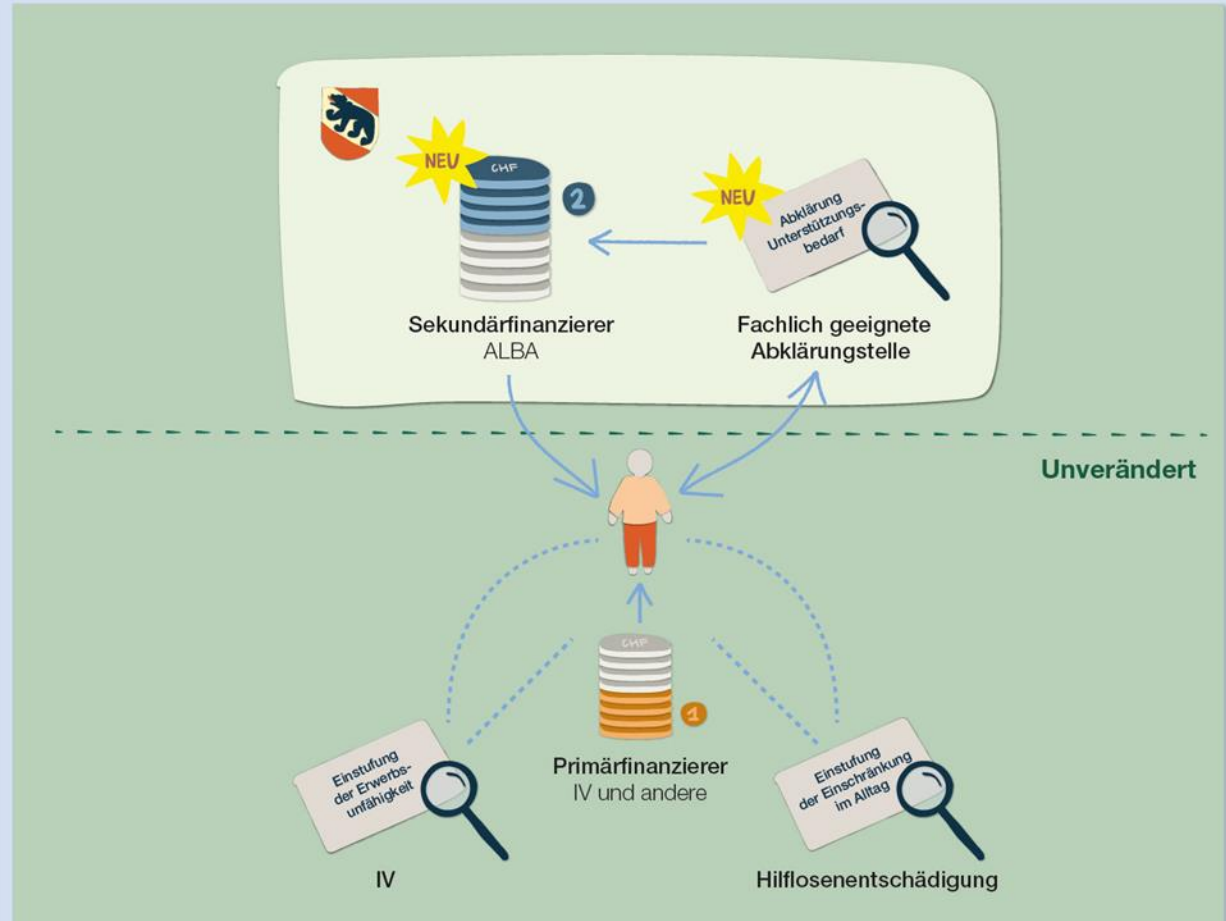
Bisher

> Kanton Bern finanziert Heime

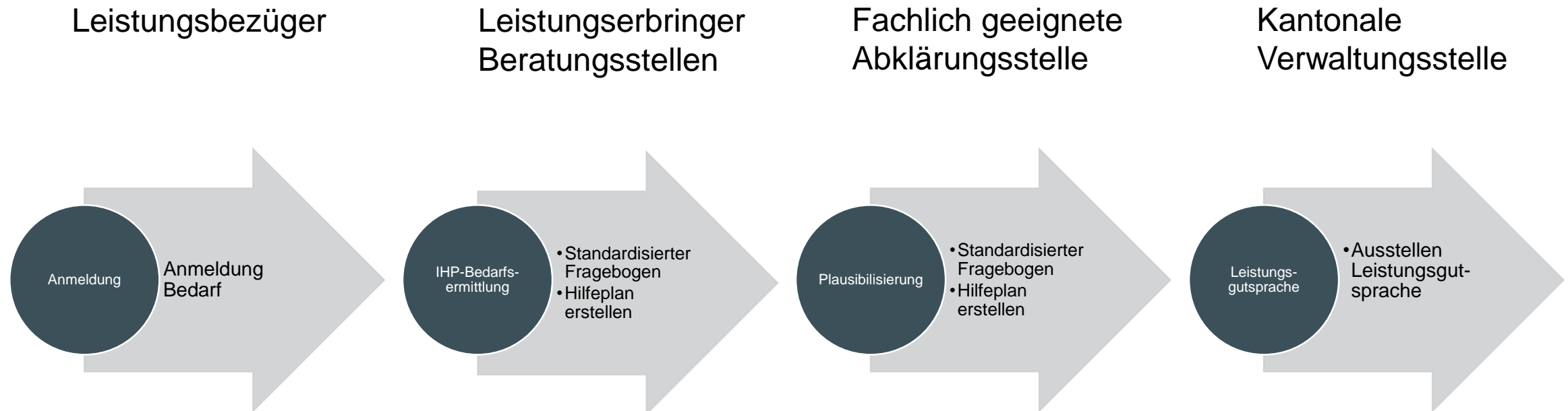


Neu

> Kanton Bern finanziert individuellen Unterstützungsbedarf der Menschen mit Behinderungen



Grundlage ist die individuelle IHP-Bedarfsermittlung



Ablauf IHP-Bedarfsermittlung

- Prüfung des Leistungsanspruchs gemäss BLG
- Ermittlung des Unterstützungsbedarfs
 - Standardisierter dialogischer Fragebogen im direkten Gespräch
 - Einbezug verschiedener Anspruchsgruppen
 - Angehörige, Fachpersonen, Beistand, gesetzliche Vertreter, Beratungsstelle
 - Erstellen des individuellen Hilfeplans
 - Ziele (unterteilt in Erhaltungs- und Veränderungsziele)
 - Massnahmen
 - Leistungen

Plausibilisierung der IHP-Bedarfsermittlung

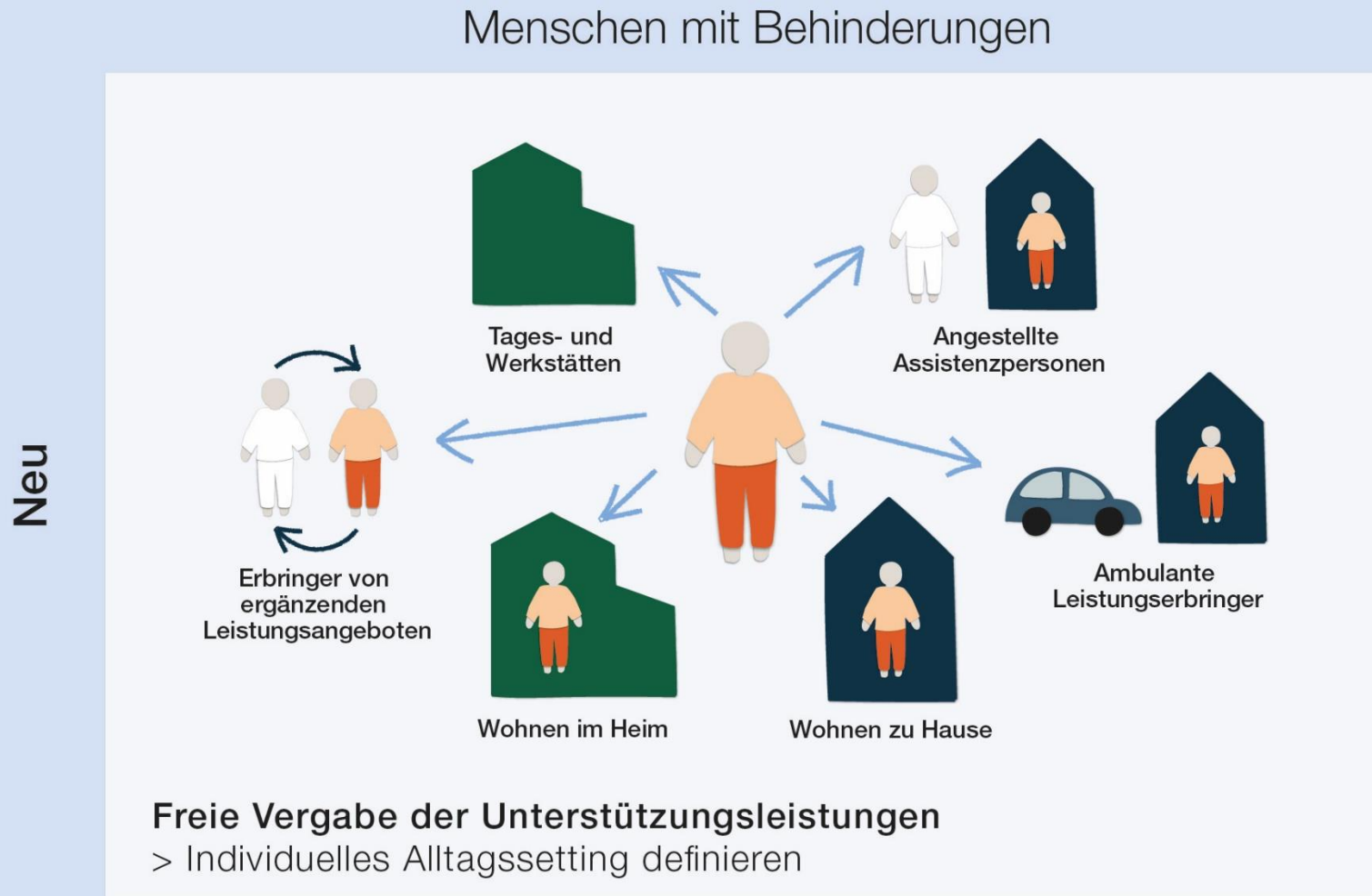
- Die Plausibilisierungsstelle prüft den individuellen Hilfeplan
 - Stimmen die Ziele mit den Wünschen überein?
 - Stimmen die vereinbarten Massnahmen mit den Zielen überein?
 - Passen die Leistungen zu den Massnahmen?



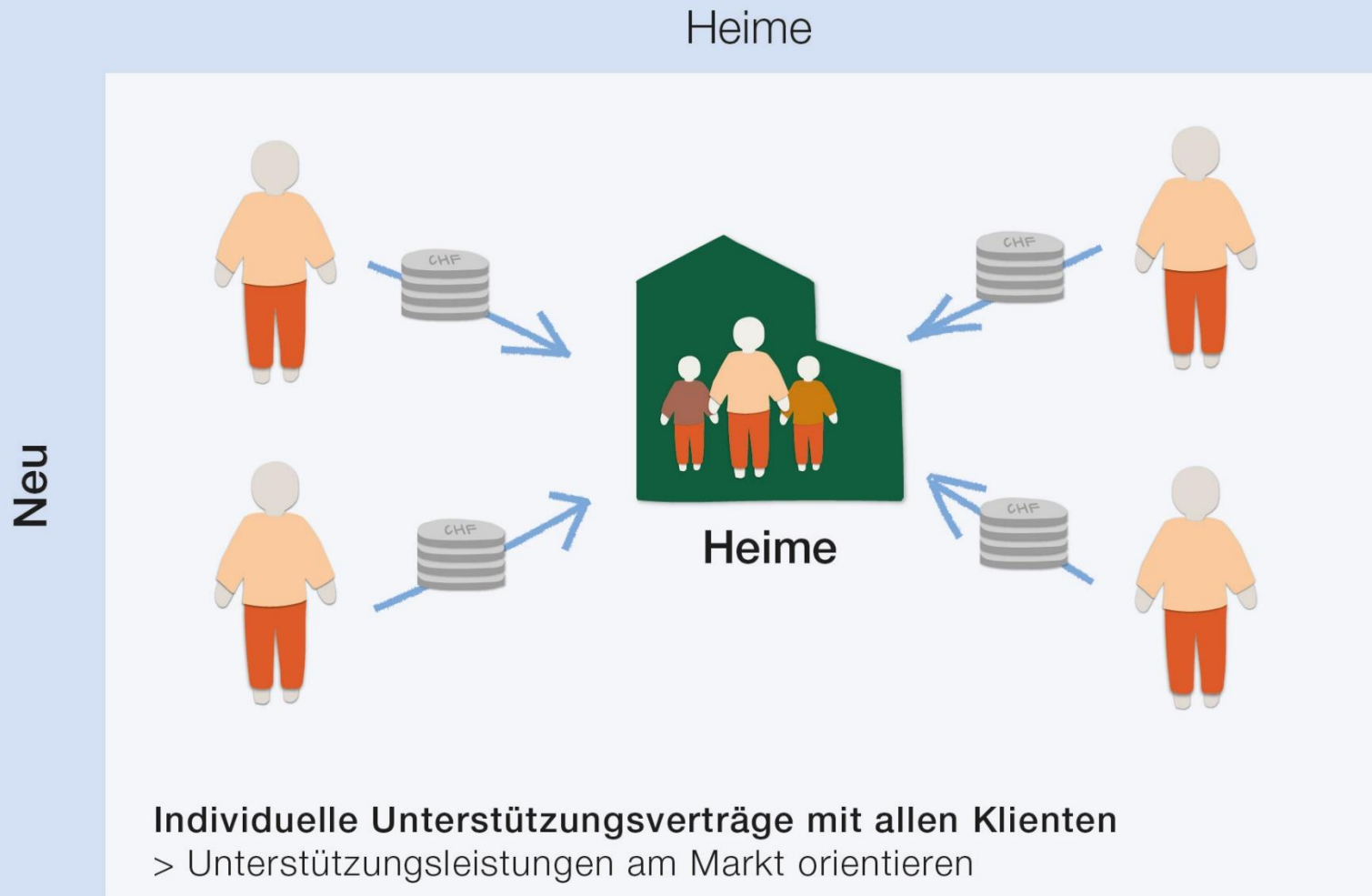
Erstellung der Leistungsgutsprache

- Die plausibilisierte IHP-Abklärung ist die Basis für die Leistungsgutsprache durch den Kanton Bern

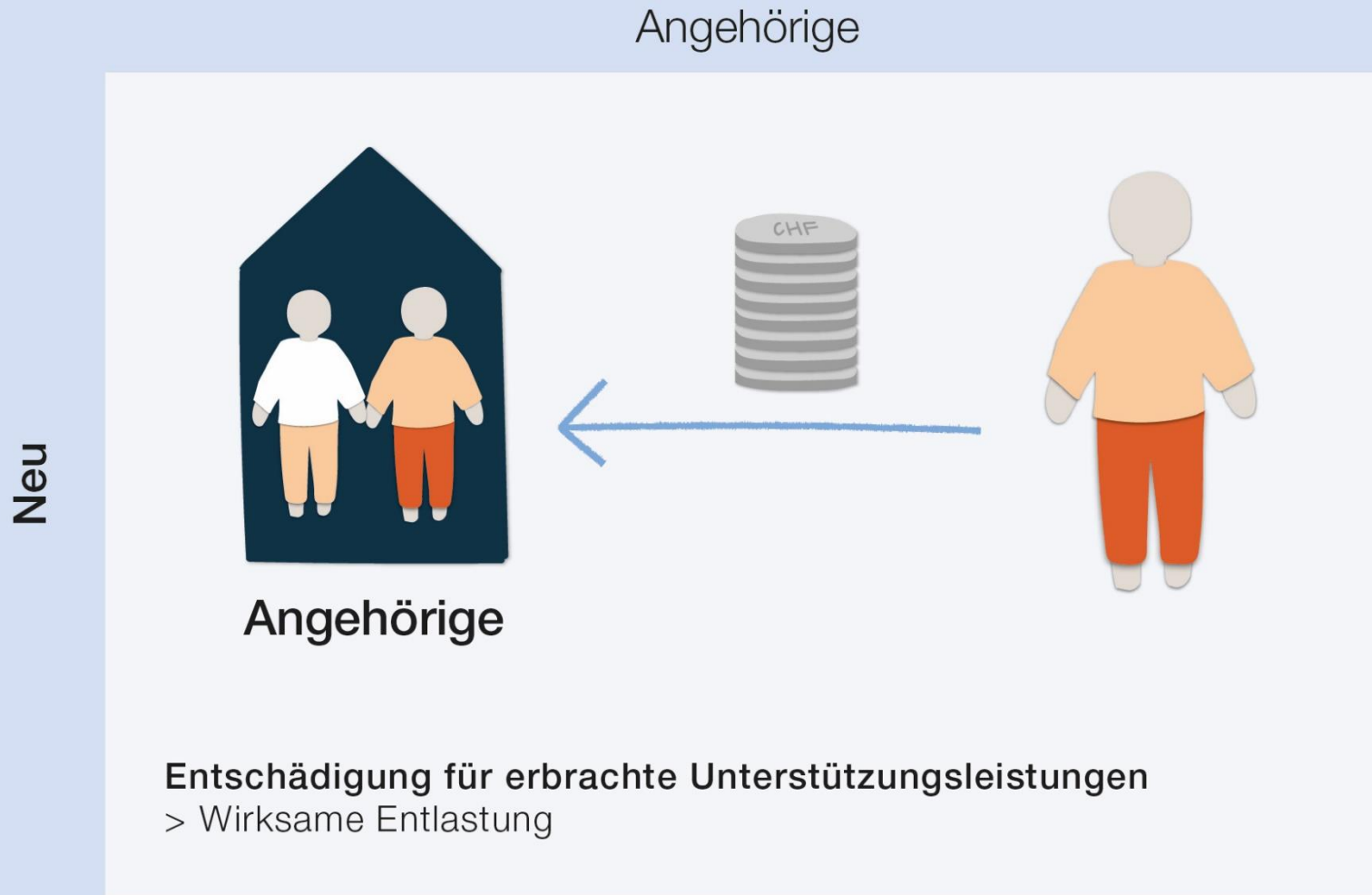
Was sich für Menschen mit Behinderungen ändert



Was sich für Heime ändert



Was sich für Angehörige ändert





Steuerungselemente im BLG

- Festlegen der Zielgruppe
- Definition Mindestbedarf
- Definition Obergrenze
- Festlegen der Normkosten
- Bedarfsermittlungsinstrument
- Abgrenzung Leistungsbezug ambulant / stationär
- Anteil der Leistungen von Angehörigen bestimmen
- Festlegen eines Freibetrages

BLG - Obergrenze

Maximalbedarf gemäss Vortrag = 138 Fachleistungsstunden

Berechnungsbeispiel

60 % Q1 295 Std.

25 % Q2 61 Std.

15 % Q3 20 Std.

Total 378 Std. Betreuung / Monat

Umrechnungsfaktor

FL Stunden

Q1 = 0.28

Q2 = 0.56

Q3 = 1.00

→ Obergrenze Betreuung = 78 % bei 8 Stunden Ruhezeit

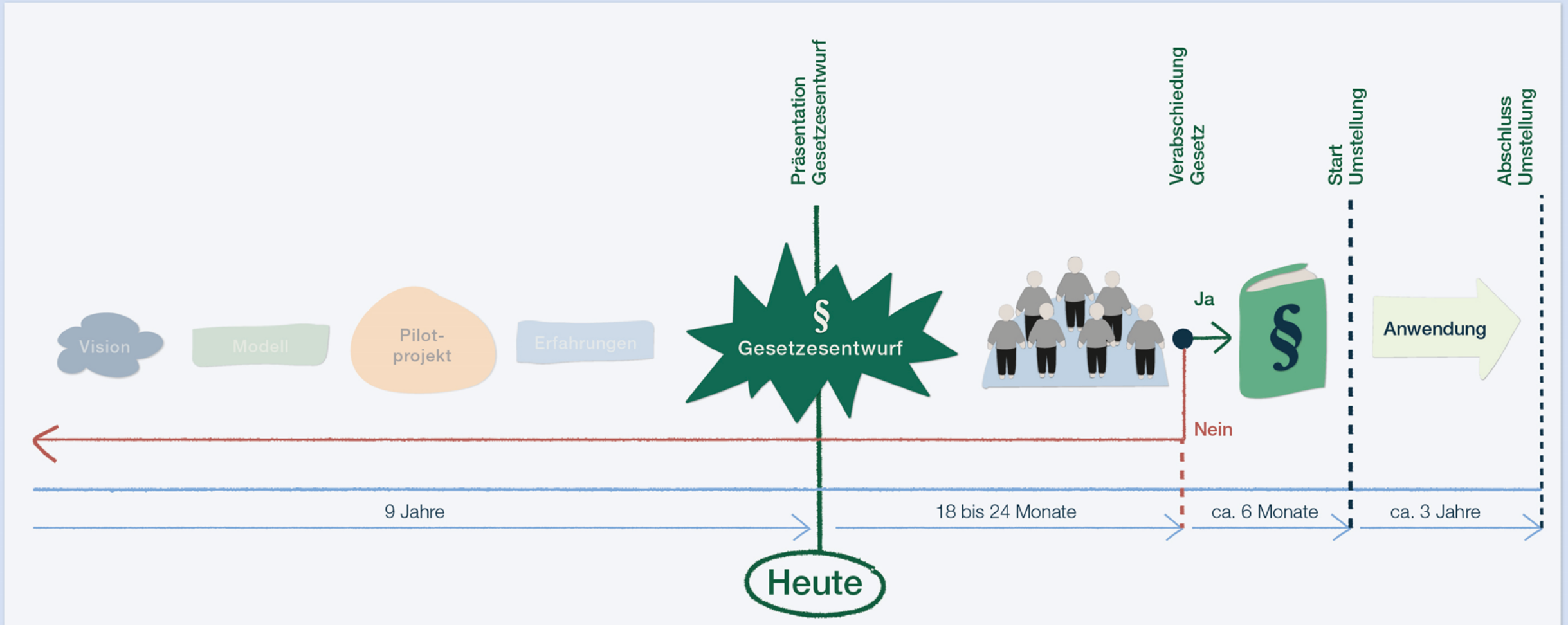


Arbeitgeberrolle im Assistenzmodell

- Verantwortung für alle Rechte und Pflichten eines Arbeitgebers
- Personalrekrutierung
- Einsatz- / Absenz Planung der Assistenzpersonen
- Lohn- und Sozialversicherungsabrechnungen
- Selbstverantwortung

- Abrechnung der Leistungen gegenüber dem Kanton
- Allfällige Anmeldung anderer Sozialversicherungen (z.B. AB-IV, HE, etc.)

Nächste Schritte



Fazit

- Anforderungen UNO-BRK werden umgesetzt
- Das BLG liegt im Rahmen des Behindertenkonzepts
- Modernes Gesetz, abgestimmt auf schweizerische Entwicklung (AG / BL / BS / ZG / ZH)
- Grundsätzliche Änderung zum Istzustand
 - Subjektfinanzierung
 - Einbezug des Menschen mit Behinderung in den Abklärungsprozess
 - Assistenz durch Angehörige
- Umsetzbare, finanzierbare und weiterentwickelbare Lösung



Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

FRAGEN?



Vielen Dank für Ihren Besuch
Regierungspräsident
Pierre Alain Schnegg